

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2018–2022

23. Sitzung vom 23. September 2020, 19.00 Uhr

Sportanlage Tüfi, Tüfistrasse 16, Adliswil

Anwesend	Sebastian Huber	Präsident
	Vera Bach	Heinz Melliger
	Harry Baldegger	Daniela Morf
	Ann-Kathrin Biagioli	Kannathasan Muthuthamby
	Angela Broggini	Marianne Oswald
	Reto Buchmann	Martin Rüttimann
	Hanspeter Clesle	Patrick Sager
	Pascal Engel	Simon Schanz
	Xhelajdin Etemi	Daniel Schneider
	Daniel Frei	Mario Senn
	Silvia Helbling	Angelika Sulser
	Thomas Iseli	Urs Weyermann
	Renato Jacomet	Katharina Willimann
	Urs Künzler	Anke Würli
	Martin Koller	Keith Wyss
	Erwin Lauper	Walter Uebersax
	Wolfgang Liedtke	Esen Yilmaz
	Gabriel Mäder	
Abwesend	Sait Acar	
	Bernie Corrodi	
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Irina Künzle	

Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Karin Fein	Finanzen
	Renato Günthardt	Soziales
	Felix Keller	Bau und Planung
	Susy Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
	Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
	Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte
Abwesend	-/-	
Stadtschreiber	Thomas Winkelmann	

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Fragestunde

3. Einbürgerungsgesuche

4. Ersatzwahlen

4.1 Ersatzwahl eines Mitglieds in die Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2018-2022

4.2 Ersatzwahl Präsident/in der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2018-2022

4.3 Ersatzwahl eines Mitglieds in die Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018-2022

5. Wirtschaftsstrategie für Adliswil (GGR-Nr. 2020-185)

Motion von Mario Senn (FDP), Daniela Morf (SVP), Daniel Frei (FW), Walter Uebersax (CVP), Hanspeter Clesle (EVP) und Reto Buchmann (FDP) sowie Mitunterzeichnenden vom 3. Juni 2020

6. Altpapiersammlung durch Vereine in Adliswil (GGR-Nr. 2020-172)

Interpellation von Harry Baldegger (FW), Daniel Frei (FW), Heinz Melliger (FW) und Bernie Corrodi (FW) vom 4. März 2020

7. Adliswiler Stadtsaal (GGR-Nr. 2020-178)

Interpellation von Sait Acar (SP), Xhelajdin Etemi (SP) und Wolfgang Liedtke (SP) vom 15. April 2020

8. Homeoffice in der Corona-Krise: Erkenntnisse der Stadtverwaltung Adliswil (GGR-Nr. 2020-186)

Interpellation von Reto Buchmann (FDP) und Daniel Frei (FW) vom 12. Juni 2020

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Sebastian Huber

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 23. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2018–2022.

Die Sitzung ist eröffnet.

Gibt es aus Ihren Reihen Änderungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats zwei Entschuldigungen vor. Es sind somit 34 Ratsmitglieder anwesend.

Neues Ratsmitglied

Ganz herzlich begrüsse ich heute unser neues Ratsmitglied Ann-Kathrin Biagioli. Nachdem sechs Kandidaten der GLP auf die Ersatzwahl verzichtet haben, stand keine Person mehr für das Amt zur Verfügung, die auf der Wahlliste der Grünliberalen Partei bei den Gemeinderatswahlen vom 15. April 2018 kandidierte. Die Ortssektion Adliswil der Grünliberalen Partei hat daher Ann-Kathrin Biagioli als Nachfolge von Stefan Neubert nominiert und den vollständigen Wahlvorschlag eingereicht. Ann-Kathrin Biagioli dürfte einigen von Ihnen bereits bekannt sein. Sie war bereits als Protokollschreiberin für den Grossen Gemeinderat tätig. Sie ist seit dem 31. August 2020 Ratsmitglied.

Liebe Ann-Kathrin, im Namen des Grossen Gemeinderats heisse auch ich Dich herzlich willkommen und wünsche Dir viel Freude an der Adliswiler Politik und am parlamentieren.

Hinweis

In Ihrer blauen Mappe finden Sie die neuste Ausgabe der Schulzeitung. Wir bitten Sie, die Unterlagen am Ende der Sitzung mitzunehmen. Sollten einige von Ihnen diese Unterlagen nicht mehr wünschen, bitten wir Sie um eine Rückmeldung an den Parlamentsdienst.

Unsere Ratsweibelin, Irina Künzle, musste die vergangenen Tage das Bett hüten. Der Corona-Test war aber negativ. Wir hoffen, dass es Dir rasch besser geht und danken Dir, dass Du heute trotzdem hier bist im Einsatz für unser Parlament.

Zuweisung von Vorlagen

An die Sachkommission:

- Vorlage GGR-Nr. 2020-201; Zusatzleistungen zur AHV-Reform Ergänzungsleistungen; Anpassung der Gemeindebeiträge in Bezug auf Mietzinszulagen
- Vorlage GGR-Nr. 2020-202; Gebührenverordnung, Teilrevision 2020

Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadtrat Felix Keller zum Thema "Absagen Infoveranstaltungen Planungsgebiete"

Mit der Auflage der Richtplananpassungen der Gebiete Zentrum Sood und Lätten sind auch öffentliche Informationsveranstaltungen geplant gewesen.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und den zu treffenden Hygiene- und Abstands-Massnahmen für grössere Anlässe, hat der Stadtrat beschlossen, auf interne und externe Anlässe mit einer grossen Anzahl von Teilnehmenden zu verzichten.

Die für den Herbst geplanten Info-Veranstaltungen zum Thema Sood und Lätten können zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht stattfinden. Sobald es die Situation wieder zulässt, werden diese Anlässe neu terminiert.

Auf der Adliswiler Homepage, unter der Rubrik Bauen & Immobilien, finden Sie unter Stadtplanung jederzeit die neusten Informationen zum Thema.

Stadtpräsident Farid Zeroual zum Thema "generelle Absage von Veranstaltungen"

In den vergangenen Monaten haben viele traditionelle Anlässe von und in der Stadt Adliswil nicht durchgeführt werden können. So hat zum Beispiel der Neuzuzüger-Anlass, oder auch der Dankes-Anlass für die Freiwilligen-Arbeit abgesagt werden müssen. Aber auch der Grosse Gemeinderat musste die Feier für den neuen Ratspräsidenten sowie den Ratsausflug im 2020 absagen. Alle diese gesellschaftlichen Anlässe sind wichtig für den Zusammenhalt in der Gemeinde und auch für den sozialen Kitt im Parlament. Bei einem Apéro zusammenzukommen, freundlich anzustossen und einen angenehmen, angeregten Gedankenaustausch oder auch ein Kennenlernen zu pflegen, sind wichtige Erlebnisse. Weil alle diese Veranstaltungen nicht stattgefunden haben, hat auch der traditionell an solchen Anlässen ausgeschenkte Adliswiler Weisswein nicht genossen werden können. Darum möchte der Stadtrat die Gelegenheit nutzen, Ihnen als Mitglied des Parlaments, als kleinen Trost und als Dank für Ihren Einsatz zu Gunsten für unsere Stadt ein bisschen Adliswiler Wein zu überreichen. So finden Sie hoffentlich doch noch die Gelegenheit, einfach im kleineren Rahmen, mit Freunden und Familie anzustossen. In dem Sinne Prost und noch wichtiger, weiterhin gute Gesundheit.

Mitteilungen aus dem Rat

Persönliche Erklärung

Kannathasan Muthuthamby (SP)

An der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderats vom Mittwoch, 1. Juli 2020, hat die SVP Schokoküsse verteilt. Sie hat dies gemacht, weil sie sich auch in der aktuellen Rassismus-Diskussion nicht eine Schweizer Traditionssüssigkeit verbieten lassen will.

Im Nachhinein wurde ich von vielen Leuten gefragt, warum ich als linker Politiker und Mensch mit dunkler Hautfarbe nicht auf diese Provokation reagiert habe. Nun

meine Damen und Herren, Rassismus ist keine Sache, die nur linke Politiker und Menschen mit dunkler Hautfarbe etwas angeht. Rassismus geht uns alle an! Rassismus betrifft uns alle!

Ich bin vor mehr als 30 Jahren in die Schweiz gekommen. Als Flüchtling. Damals war es eine andere Zeit. Ich wurde oft als dreckiger Neger beschimpft. Sogar von Kindern am Hauptbahnhof in Zürich. Ich bin froh, dass sich in den letzten 30 Jahren einiges geändert hat. Ich bin aber davon überzeugt, dass sich noch mehr ändern kann und auch muss. Menschen, die anders sind, werden auch heute noch immer diskriminiert. Meist passiert dies unbewusst. In der Schule ist meinen Kindern erklärt worden, dass dies hier (hält Farbstift in die Höhe) eine „Hautfarbe“ sei. Nun meine Damen und Herren, Sie sehen, dass ich eine andere Hautfarbe habe und meine Kinder auch. Es sind solche kleinen Dinge, die im Alltag diskriminierend sein können. Und dazu gehört halt eben auch die von der SVP verteilte Süssigkeit.

Ich hoffe sehr, dass die aktuelle Rassismus-Diskussion weiter dazu führt, dass Menschen auf solche Alltags-Diskriminierungen aufmerksam gemacht werden und ihre Sprache und ihr Handeln ändern.

2. Fragestunde

Wir haben im Vorfeld zur heutigen Sitzung sehr viele schriftliche Fragen erhalten. Gemäss Art. 66 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats stehen uns dafür dreissig Minuten zur Verfügung. Ich bitte Sie deshalb, Ihre Fragen wie auch die Antworten möglichst kurz zu halten. Je nach Zeitverlauf werde ich einige Fragen auf die nächste Sitzung verschieben.

Erwin Lauper (SVP) zum Thema "Friedhof"

Als ich vor kurzem den österreichischen Verwandten meiner verstorbenen Frau ihr Grab zeigen wollte, musste ich mich in Grund und Boden schämen über den Unkrautstreifen (Entschuldigung Biodiversitätsstreifen). Aber auch über die ungepflegten Büsche bei der Abdankungshalle und den Gräbern. Ich wurde gefragt, ob wir keine oder zu wenig Gärtner haben, die für die Pflege des Friedhofs zuständig seien. Da mich dieser Unkrautstreifen schon länger nervt, habe ich Erkundigungen eingezogen. Dabei wurde behauptet, dass dies bei anderen Friedhöfen auch gemacht würde und dass es in Adliswil im Auftrag des Gemeinderats geschah. Ich kann Ihnen versichern, dem ist nicht so, ich habe mir die Mühe gemacht und habe über 20 Friedhöfe in der näheren Umgebung von Adliswil und bis ins Aargau abgeklappert und in keinem habe ich auch nur annähernd so einen Unkrauthaufen angetroffen (Entschuldigung Biodiversitätstreifen). Das höchste aller Gefühle war eine Magerwiese, welche ich noch akzeptieren kann. Auch kann ich mich nicht daran erinnern, dass dies im Gemeinderat je ein Thema war. Ausserdem ist das Versamen dieses Unkrauts sicher auch ein Thema, welches wohl nicht berücksichtigt wurde. Als Spiegel von Adliswil, wo doch viele auswärtige Gäste bei der Abdankungshalle eintreffen, finde ich so einen Friedhof für unsere Stadt unwürdig.

- Wer bestimmt, was im Friedhof und Umgebung angepflanzt wird?
- Wird das Verwildern (Entschuldigung Biodiversität) des Friedhofs weiter vorangetrieben?

- Wäre die zuständige Stadträtin auf Druck der Bevölkerung bereit, auf solche Experimente zu verzichten und den Friedhof wieder in einen ansehnlichen Garten zurückzuführen? Beispiele gibt es in der Umgebung genügend.

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

- Wer bestimmt was im Friedhof und Umgebung angepflanzt wird?

Die Bepflanzung der Gräber wird durch die Angehörigen bestimmt, im Rahmen der Friedhof- und Bestattungsverordnung der Stadt Adliswil.

Die Bepflanzung des Umfelds der Friedhofanlage wird weitgehend durch das Ressort Werkbetriebe, Abteilung Werkdienste, bestimmt. Das Ressort Einwohnerkontakte, Abteilung Zivilstandswesen, und die Arbeitsgruppe Natur- und Landschaftschutz (AGNLS) können in diesem Zusammenhang jeweils Vorschläge machen. Als Grundlage dient das behördenverbindliche LEK (Landschaftsentwicklungskonzept), welches vom Stadtrat im Jahr 2014 festgesetzt wurde. Zum Friedhof ist dort Folgendes aufgeführt: "Die öffentlichen Anlagen wie Schulhäuser, Freibad im Tal, Friedhof, Grünanlagen, Sportanlagen im Tal und der Tüfi, Stadthausanlage haben Vorbildcharakter und sind naturnah gestaltet (einheimische Bepflanzung, möglichst durchlässige Beläge, extensiv angelegte nicht genutzte Grünflächen)".

Wie die Friedhofanlage zukünftig bepflanzt und unterhalten werden soll, wird in einem Gestaltungs- und Pflegeplan festgehalten, welcher in enger Zusammenarbeit mit dem Ressort Einwohnerkontakt ausgearbeitet werden soll. Darin aufgenommen werden die unterschiedlichen Bedürfnisse nach einer gepflegten, naturnahen und ökologisch ausgeglichenen Landschaftsgestaltung.

- Wird das Verwildern des Friedhofes weiter vorangetrieben?

Wie die unterschiedlichen Bedürfnisse der Anspruchsgruppen aufeinander abgestimmt werden können, wird im noch auszuarbeitenden Gestaltungs- und Pflegeplan festzuhalten sein.

- Wäre die zuständige Stadträtin auf Druck der Bevölkerung bereit, auf solch Experimente zu verzichten und den Friedhof wieder in einen ansehnlicheren Garten zurückzuführen?

Das Ressort Werkbetriebe als Dienstleistungserbringerin ist überzeugt, dass gemeinsam mit allen Anspruchsgruppen ein Gestaltungs- und Pflegeplan erarbeitet werden kann, welcher allen unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen wird.

Patrick Sager (FDP) zum Thema "Sachbeschädigungen an städtischen Gebäuden/Schulhäusern und Verunreinigungen"

Man hört von verschiedenen Seiten immer wieder von Sachbeschädigungen an städtischen Gebäuden und auch an Schulhäusern, bzw. sieht diese auch direkt. Zum Beispiel der kürzlich entstandene Brandstiftungsschaden am brandneuen Schulhaus Dietlimoos oder dort auch das sichtbare Littering als Resultat der Wochenendabende.

- Wie hoch war der Sachschaden und der geschätzte Zeitaufwand zur Behebung dieser Sachschäden durch Vandalismus sowie Littering rund um städtische Gebäude in den letzten 12 Monaten?
- Wie wird dagegen vorgegangen?

- Wird für die betroffenen städtischen Gebäude und/oder Areale, gestützt auf die Polizeiverordnung, eine Videoüberwachung in Betracht gezogen oder ist eine solche in absehbarer Zeit vorgesehen?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

- Wie hoch war der Sachschaden und der geschätzte Zeitaufwand zur Behebung von Sachschäden durch Vandalismus sowie Littering rund um städtische Gebäude in den letzten 12 Monaten?

Im Jahr 2019 gab es insgesamt 23 Anzeigen wegen Sachbeschädigung, bis heute im 2020 bereits ganze 50. Der Sachschaden im letzten Jahr belief sich brutto auf rund 15'000 Franken und im laufenden Jahr bisher ebenfalls brutto auf 24'000 Franken, davon wurden uns rund 5'600 Franken von Versicherungen entschädigt. Die internen Aufwendungen im laufenden Jahr liegen bei 36 Stunden, im letzten Jahr wurden diese noch nicht separat erfasst. Das unerwünschte Phänomen des Litterings ist ein grosses Problem und führt wirklich zu sehr viel Mehraufwand in der Reinigung und die separate Erfassung dieser Leistungen der Hauswarte ist zu aufwändig. Das Littering hat sich aber auch zu einem Sicherheitsthema entwickelt, weil häufig nicht nur Flaschen, sondern auch Scherben zurückgelassen und im schlimmsten Fall sogar im Fallschutz (Kies, Holzschnitzel, etc.) der Spielplätze vergraben werden.

- Wie wird dagegen vorgegangen?

Ab Freitag und über das Wochenende patrouilliert in Abstimmung mit der Stadtpolizei ein Sicherheitsdienst bei den Schularealen. In den letzten zwei Jahren haben wir den Sicherheitsdienst mehrmals für eine gewisse Zeit intensiviert, so wie auch jetzt wieder. Was natürlich auch eine beträchtliche finanzielle Belastung darstellt.

Sachbeschädigungen werden sofort behoben, Graffitis/Tags ebenfalls so schnell wie möglich. Proaktiv lässt sich leider nicht sehr viel mehr unternehmen. Vielmehr ist die Situation heute so, dass die Mitarbeitenden der Abteilung Liegenschaften aber auch die Anwohner, sich eigentlich aufgrund des aggressiven Verhaltens der meist jugendlichen Verursacher nicht mehr getrauen, diese zu konfrontieren. Damit bleibt der Weg über die Polizei, welche aber häufig erst im Nachgang der Vorfälle involviert wird.

- Wird für die betroffenen städtischen Gebäude und/oder Areale, gestützt auf die Polizeiverordnung, eine Videoüberwachung in Betracht gezogen oder ist eine solche in absehbarer Zeit vorgesehen?

Diese Massnahme wurde bereits mehrmals in Betracht gezogen und auch deren Nutzen zusammen mit den Sicherheitsverantwortlichen der Stadt Adliswil diskutiert. Aufgrund der Häufung der Vorfälle und auch der heute toleranteren Handhabung des Datenschutzes hat der Stadtrat im April dieses Thema wieder aufgenommen, hat es dann aber allerdings als nicht verhältnismässig genug eingeschätzt. Das Ressort Finanzen wird dieses Thema jetzt auf Basis der sich häufenden Ereignissen und aufgrund der gesammelten Erkenntnissen dieses Sommers nochmals aufnehmen und in den Stadtrat einbringen.

Wolfgang Liedtke (SP) zum Thema "Altpapiersammlung durch die ARGE Abfalltransporte Bezirk Horgen"

Wie hoch waren die Kosten für die Einsammlung des Altpapiers durch die ARGE Abfalltransporte Bezirk Horgen in den Monaten April, Mai und Juni 2020?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

Die Kosten für die Altpapiersammlungen, welche im April, Mai und Juni 2020 durch die ARGE Abfalltransporte Bezirk Horgen durchgeführt wurden, betragen 60'437 Franken (gesamthaft für alle Gemeinden im Verbandsgebiet) und wurden vom Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen (ZVHo) übernommen.

Gabriel Mäder (GLP) zum Thema "Lärmemissionen durch Sanierung Bahntrasse Bahnhof Sihlau"

Vor ein paar Monaten wurde das Bahntrasse zwischen Bahnhof Adliswil und Sihlau erneuert. Dadurch kam es in diesem Gebiet zu einer starken Zunahme der Lärmemissionen durch vorbeifahrende Züge. Verschiedene lärmgeplagte Anwohner haben daraufhin versucht, sich bei der SZU einzubringen, was leider von wenig Erfolg gekrönt war. Schliesslich hat die SZU einigen Anwohnern einen Flyer zukommen lassen, welcher sie über den Ablauf der Bauarbeiten informiert und darauf hingewiesen, dass die Arbeiten in drei Etappen verlaufen werden und der Lärm nur zwischenzeitlich erhöht sein sollte. Die letzte Bauphase wurde inzwischen abgeschlossen und wir haben folgende Fragen an den Stadtrat:

- In welchem Umfang hat die Stadtverwaltung Reklamationen bezüglich der Lärmemissionen der Sihltalbahn aus der Bevölkerung erhalten und wie hat die Stadt Adliswil auf die Reklamationen reagiert?
- Wurde die Stadt Adliswil vorgängig zu den Bauarbeiten von der SZU darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung mit einem massiven Lärmzuwachs bis zum Abschluss der Arbeiten rechnen muss?
- Ist die Stadt Adliswil mit der aktuellen Lärmsituation rund um die SZU zufrieden oder plant sie weitere Massnahmen?

Stadträtin Susy Senn zur Beantwortung der Fragen 1 und 3

Der öffentliche Verkehr ist eigentlich beim Ressort "Werkbetriebe" angesiedelt. Für die Bewilligung von Nachtarbeit ist aber primär das Ressort "Sicherheit, Gesundheit und Sport" verantwortlich. Deshalb kommen die Antworten zu den Fragen 1 + 3 vom Ressort Sicherheit, Gesundheit und Sport, die Antwort zur Frage 2 im Anschluss vom Ressort Werkbetriebe.

- In welchem Umfang hat die Stadtverwaltung Reklamationen bezüglich der Lärmemissionen der Sihltalbahn aus der Bevölkerung erhalten und wie hat die Stadt Adliswil auf die Reklamationen reagiert?

Bei der Polizei ist eine Reklamation im April 2020 eingegangen. Zu diesem Zeitpunkt sind Nachtarbeiten durch das Ressort Sicherheit, Gesundheit und Sport im Rahmen von Art. 19 Abs. 2 der Polizeiverordnung bewilligt worden. Im Sommer ist bei unserem Ressort eine weitere schriftliche Reklamation eingegangen. Diese hat sich aber an die Lärmemission durch eine neue Zugskomposition gerichtet.

Das zuständige Ressort hat die beiden Lärmmeldungen selbstverständlich beantwortet und im Falle der Zugskomposition an die SZU verwiesen, denn hier können wir wirklich keinen Einfluss nehmen. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass Nacharbeiten im ÖV unumgänglich sind, da Arbeiten an den Geleisen und am Trasse aus Sicherheitsgründen nur in der betriebsfreien Zeit durchgeführt werden können. Vor der Erteilung solcher Bewilligungen wird jeweils vom Ressort Sicherheit, Gesundheit und Sport geprüft, ob sie tatsächlich auch nötig sind.

- Ist die Stadt Adliswil mit der aktuellen Lärmsituation rund um die SZU zufrieden oder plant sie weitere Massnahmen?

Bei bewilligten Nacht- oder Sonntagsarbeiten und bei besonders lärmigen Arbeiten haben die Bewilligungsempfänger jeweils die Pflicht, die betroffene Bevölkerung zu informieren. Die SZU kommt dieser Pflicht regelmässig mit Inseraten nach. Da Arbeiten dieser Art, wie geschildert, bis zu einem gewissen Grad unumgänglich sind, plant das Ressort Sicherheit, Gesundheit und Sport keine weiteren Massnahmen.

Stadträtin Carmen Marty Fässler der Frage 2

- Wurde die Stadt Adliswil vorgängig zu den Bauarbeiten von der SZU darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung mit einem massiven Lärmzuwachs bis zum Abschluss der Arbeiten rechnen muss?

Im Rahmen der Werkleitungssanierungen sind Terminpläne der SZU für die Koordination der Baustellen der Stadt Adliswil vorgelegt worden. Für das Gemeindegebiet Adliswil wurde durch die SZU die bauliche Ausführung "Gleisoberbauerneuerung" im Perimeter Sood-Oberleimbach bis Sihlau auf das Jahr 2020 terminiert. Die Informations- und Immissionshoheit für die Gleisoberbauerneuerung lag in der Verantwortung der SZU. Sie holte dazu bei den entsprechenden Stellen die notwendigen Bewilligungen ein. Die Sanierungsarbeiten am Bahntrasse sind trotz Lärm jedoch sehr wichtig, damit der ÖV in dem Masse wie er jetzt angeboten wird weiterhin gewährleistet werden und längerfristig auch ausgebaut werden kann (beispielsweise mit einem verdichteten Fahrplan). Danke fürs Verständnis.

Harry Baldegger (FW) zum Thema "Schliessung Hauptverbindung Werd-Tiefacker "

Erfreulicherweise hat der Neubau Kindergarten Werd begonnen. Da ich Anwohner dieses Quartiers bin, musste ich relativ viele Fragen zum Thema Schliessung des Fussweges zum Werdsteg beantworten. Die angebotene Alternative ist für ältere und gehbehinderte Personen nicht zumutbar. Sie führt über die Wiese und ein Kiesprovisorium, welches sehr schlecht ausgedeutet ist.

Die provisorische Schotterpiste ist jetzt leider auch sehr schlecht oder gar nicht beleuchtet. Im Quartier ist man der Meinung, der Weg sollte wieder geöffnet werden, denn schlussendlich ist es auch ein Schulweg.

- Wieso wurde der Fussweg gesperrt und wie lange soll der Weg geschlossen bleiben?
- Wer haftet für Unfälle auf der provisorischen Schotterpiste?
- Wäre einem privaten Bauherrn die Schliessung des Weges auch bewilligt worden?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

- Wieso wurde der Fussweg gesperrt, und wie lange soll der Weg geschlossen bleiben?

Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens muss auch die Baustelleninstallation und –logistik beantragt werden, wobei diverse Fachpersonen, insbesondere zum Thema der Verkehrssicherheit, Vorgaben formuliert haben, welche durch die Bauherrschaft umzusetzen sind. Die angesprochene Sperrung dieses Weges wurde durch die notwendige Zufahrt zum Kindergartenneubau nötig. Die Platzverhältnisse in diesem Bereich des Schönauweges sind zu eng, als dass Fussgänger mit dem Baustellenverkehr sicher parallel geführt werden könnten. Gemäss Anweisung der Behörden überwiegt der Sicherheitsaspekt und darum musste man diesen entstandenen Umweg über die Isengrund- und Soodstrasse resp. über diesen Kiesweg einplanen. Die Schliessung dauert voraussichtlich bis Ende April 2021. Die Beleuchtung wird selbstverständlich immer wieder neu auf ihre Funktion überwacht.

- Wer haftet für allfällige Unfälle auf der provisorisch angelegten Schotterpiste?

Als Bauherr müssen wir davon ausgehen, dass die beauftragten Planer und Unternehmer die provisorische Wegverbindung fachgerecht geplant und ausgeführt haben. Bei Schadenfällen nach Unfällen würde die Werkeigentümerhaftung als mögliche Haftungsgrundlage in Frage kommen.

- Wäre einem privaten Bauherrn die Schliessung des Weges auch bewilligt worden?

Als Antragsteller ist die Abteilung Liegenschaften absolut gleichbehandelt von der Baubewilligungsbehörde wie jeder private Bauherr auch. Darum muss sie auch die gleichen Pflichten in Kauf nehmen wie eben die Erstellung eines solchen provisorischen Weges.

Harry Baldegger (FW)

Ich danke für die Antworten, bin aber nicht ganz einverstanden, denn ich bin gerade heute auch wieder dort durchgegangen. Ich bitte Euch, diesen Weg doch selber zu überprüfen. Mit einem Rollstuhl oder Rollator, wir haben solche Benutzer und auch sehbehinderte Personen in unserem Quartier, ist dieser Weg nicht auffindbar und schlichtweg nicht passierbar. Ich bitte, dies zu korrigieren.

Marianne Oswald (GP) zum Thema "Gebiet Lätten"

Laut der momentan aufliegenden Teilrevision des Regionalen Richtplans Zimmerberg soll das Arbeitsplatzgebiet im Sood um 3,7 ha verkleinert werden. Als Kompensation soll im Gebiet Lätten West ein neues Arbeitsplatzgebiet sowie im Lätten Ost ein neues Mischgebiet festgelegt werden. Diese beiden Flächen sollen je 6,7 ha umfassen. Somit ergibt sich ein Zuwachs von 3,6 ha für Arbeitsplatz- und 6,7 ha für Mischgebiete.

- Wieso wird nicht ein 1:1 Ersatz des Gewerbegebietes geplant, sondern soll gleich ein Mehrfaches der zu ersetzenden Fläche eingezont werden?
- Wurden Alternativen zum Standort Lätten untersucht? Wenn ja: welche und warum wurden diese Möglichkeiten verworfen? Wenn nein: warum nicht?

Antwort von Stadtrat Felix Keller

- Wieso wird nicht ein 1:1 Ersatz des Gewerbegebietes geplant, sondern soll gleich ein Mehrfaches der zu ersetzenden Fläche eingezont werden?

Gemäss erläuterndem Bericht zur Richtplan-Teilrevision ist die heute anrechenbare Geschossfläche (aGF) für Gewerbenutzung im Bereich des neuen Zentrumgebietes Sood ca. 3,9 ha. Davon abgezogen für den geforderten Ersatz, wird der rechnerische Anteil von 20% für die vorgegebene Gewerbenutzung im neuen Zentrumsgebiet Sood, ca. 1,5 ha aGF. Das ergibt einen rechnerischen, vom Kanton geforderten Ersatzbedarf von 2,4 ha aGF.

Im Lätten West, dem bei der Autobahn liegenden Teil, ist von der etwa 6,7 ha grossen Fläche ein Teil als Frei- und Grünflächen, Vernetzungskorridore und andere, nicht als Arbeitsplatzgebiet zu berechnende Flächen vorgesehen. Die effektiven Flächen für Gewerbenutzung von 3,0 ha sind einer Baumassenziffer 6,0 m³/m² zugewiesen, was zu einer rechnerisch anrechenbaren Geschossfläche von 3,6 ha aGF führt. Bei der anrechenbaren Geschossfläche von 3,6 ha handelt es sich um die maximal realisierbare Fläche. Eine Etappierung ist vorgesehen und die jeweiligen Anpassungen bedürfen der Festsetzung im Zonenplan durch den Grossen Gemeinderat.

Für den Kanton ist dieses Vorgehen bewilligungsfähig und entspricht auch den bei der Region eingeforderten Grundlagen der Arbeitszonenbewirtschaftung. Es sichert auch ohne Maximalvariante bzw. mit Etappierung die verlangten Flächen für produzierendes Gewerbe.

- Wurden Alternativen zum Standort Lätten untersucht? Wenn ja: welche und warum wurden diese Möglichkeiten verworfen? Wenn nein: warum nicht?

Im Rahmen der Gesamtschau zu den Arbeitsplatzgebieten wurden sämtliche Arbeitsplatzgebiete in Adliswil untersucht. Dies waren im Besonderen das übrigbleibende Arbeitsplatzgebiet Sood, Sihlstrasse, Weberei und Tüfi.

Keines der untersuchten Gebiete eignet sich als Ersatz für die Arbeitsplatzflächen für produzierendes Gewerbe des Sood. Zum einen sind diese Gebiete praktisch vollständig ausgenutzt. Zum anderen vertragen sich die bestehenden Nutzungen nicht mit den hinzukommenden Nutzungen.

Hanspeter Clesle (EVP) zum Thema "Landnutzung Schulhausprovisorium Dietlimoos"

- Wie wird das Land, auf welchem bis Sommer 2020 das Schulhaus-Provisorium Dietlimoos stand, kurz-, mittel- und langfristig genutzt?
- War ursprünglich ein Verkauf angedacht?
- Bestanden bereits schon Verträge oder Vorverträge, wenn ja, zu welchen Konditionen?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

- Wie wird das Land, auf welchem bis Sommer 2020 das Schulhaus-Provisorium Dietlimoos stand, kurz-, mittel- und langfristig genutzt?

Für die kurz- bis mittelfristige Nutzung hat der Stadtrat mit Beschluss vom 4. Februar 2020 den Rückbau des Provisoriums 1 und die Wiederherstellung des Baufeldes C

genehmigt. Bis zur Fertigstellung der ZIS-Erweiterung bleiben die bereits bestehenden Parkplätze zugunsten des Schulbetriebes bestehen. Dies ist ein Teil der Zwischennutzung. Auf der restlichen Fläche dieses Baufeldes wurde, unter anderem im Dialog mit dem Quartierverein Dietlimoos, eine vielfältige Umgebungsgestaltung mit hohem Nutzwert für den Aufenthalt an diesem neuen Platz geplant. Unter anderem werden Platz für Pflanzbeete, Naturwiese, schattenspendende Bepflanzung und ein Kiesrasen zur multifunktionalen Nutzung durch die Bevölkerung realisiert. Die bestehenden Werkleitungsanschlüsse (Wasser, Abwasser, Elektrisch) bleiben ebenso bestehen wie der Spielplatz, welcher vorher zum Kindergarten gehörte.

- War ursprünglich ein Verkauf angedacht? Bestanden bereits schon Verträge oder Vorverträge, wenn ja, zu welchen Konditionen?

Wie den Finanzplänen der letzten Jahre zu entnehmen ist, waren dieses Baufeld C wie auch das Baufeld B2 ursprünglich zum Verkauf vorgesehen. Mit der Annahme der Bodeninitiative und entsprechender Anpassung der Gemeindeordnung entfällt diese Option und der neue Finanzplan wurde ohne Verkauf ausgestellt.

Die finanziellen Aussichten der Stadt Adliswil sind nicht mehr so positiv wie auch schon und aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage mittel- und vor allem kurzfristig relativ ungewiss. Eine Eigeninvestition kommt daher aus momentaner Sicht nicht in Frage. Nur schon die Projektentwicklung mit einer allfälligen Abgabe im Bau-recht bedeutet nämlich einiges an Ressourceneinsatz auch auf Seiten der Stadt. Die Priorität für einen solchen Schritt würde beim Bau-feld B2 liegen, welches an den zukünftigen Dietlimoos-Platz angrenzt. Dieser wiederum hängt vom Strassenprojekt bzw. dem neuen Kreisel, der beim Quartier Grüt entstehen sollte, ab. Diesbezügliche Verträge oder Vorverträge bestehen keine.

Angelika Sulser (SP) zum Thema "Sonnensegel Schulhäuser"

In Uster ist ein sehr tragischer Unfall passiert. Drei Kinder haben ausserhalb der Schulzeit auf dem Schulhof gespielt. Sie sind die Stange zu einem Sonnensegel hochgeklettert und das Segel ist dann gerissen. Auf diese sehr tragische Weise ist ein Kind gestorben.

- Haben wir auch Sonnensegel auf den Pausenplätzen bei den Schulhäusern oder in den Kindergärten?
- Falls ja: Sind die Sonnensegel so gesichert, dass kein Kind hochklettern kann?
- Wenn nicht: Kann baulich etwas unternommen werden, dass sie gesichert werden?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

- Haben wir auch Sonnensegel auf den Pausenplätzen bei den Schulhäusern oder in den Kindergärten?

Auch wir waren sehr geschockt von diesem tragischen Unglück und ich habe sehr gern die Antworten auf diese Fragen zusammengetragen. Beim Schulhaus Dietlimoos gibt es zwei Sonnensegel und im Schulhaus Werd ein Zeltdach, welche beide einen gedeckten Pausenbereich bilden. Von der Erscheinung her sind sie vergleichbar, nicht aber von der Konstruktion her.

Insgesamt wird bei den Bildungsbauten, also unseren Schulhäusern, ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Sicherheits-Normen und –Richtlinien gelegt.

Mit gezielten Massnahmen im Bestand und im Rahmen von Sanierungs- oder Umbauprojekten wird der Immobilienbestand laufend den gültigen Vorschriften angepasst.

- Falls ja: Sind die Sonnensegel so gesichert, dass kein Kind hochklettern kann?

Unsere Sonnensegel entsprechen den aktuell gültigen Sicherheitsnormen. Darüberhinausgehende Massnahmen sind, wie auch bei anderen Bauelementen, nicht vorhanden. Leider können tragische Unfälle wie das Ereignis in Uster auch mit baulichen Massnahmen nie vollständig ausgeschlossen werden. Die Sicherheitsnormen sind auf einen bestimmten Gebrauch der Sache ausgelegt und greifen insbesondere dann nicht mehr, wenn Nutzer durch ihr Verhalten die Sache zweckentfremden.

- Wenn nicht: Kann baulich etwas unternommen werden, dass sie gesichert werden?

Die Anlagen der Stadt als Eigentümerin werden selber und auch durch externe Dienstleister betrieben. Gewisse externe Dienstleister haben keine detaillierten Kenntnisse der Anlagen, aber das Nutzerverhalten wird von uns beobachtet und natürlich nötigenfalls interveniert.

Seitens der Schule wird selbstverständlich versucht, gefährlichen Situationen entgegenzuwirken, beispielsweise durch Einsatz von Aufsichtspersonen während den Pausen. Namentlich auf Schulgeländen, die wie im Sonnenberg oder Wilacker von grösseren Baustellen umgeben sind, ist dies eine verantwortungsvolle Herausforderung. Abschliessend bleibt mir zu erwähnen, dass wir in Absprache mit der Abteilung Liegenschaften und dem Ressort Bildung die Schulhausgelände und insbesondere die Spielplätze auch ausserhalb der Schulzeiten und natürlich gerade auch an den Wochenenden ganz bewusst der Bevölkerung zur Nutzung zur Verfügung stellen sollten. Es versteht sich aber natürlich von selbst, dass die Benutzung der Anlagen auf eigene Verantwortung sowie insbesondere unter der Aufsichtspflicht der Eltern erfolgt.

3. Einbürgerungsgesuche

Der Ablauf der Einbürgerungen gestaltet sich wie in den vergangenen Sitzungen. Aufgrund der Sicherheitsvorgaben wird Martin Koller als Referent der Einbürgerungskommission für alle Gesuchsteller sprechen. Die Eingebürgerten erhalten direkt nach dem Beschluss des Gemeinderats Adliswil ihre Geschenke auf der Tribüne durch Anke Würli, als Vertreterin der Einbürgerungskommission. Es gibt heute keinen Apéro, wir machen aber im Anschluss einen kurzen Sitzungsunterbruch.

Es wurden 14 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen.

Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes nicht im Protokoll.

Bevor wir zur Pause kommen, möchte ich nochmals das Merkblatt Corona, welches Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugestellt wurde, in Erinnerung rufen und Sie daran erinnern, dass Sie auch in der zehnminütigen Pause den Abstand zu Ihren Kollegen wahren. Die Sitzung geht um 20:20 Uhr weiter.

4. Ersatzwahlen

Ratspräsident Sebastian Huber

Stefan Neubert hat per 2. Juli 2020 seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat bekannt gegeben. Er war auch Präsident der Sachkommission, weshalb wir heute seine Nachfolge und den Präsidenten in diese Kommission wählen. Diese Wahlen gelten ab sofort.

4.1 Ersatzwahl eines Mitglieds der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

Anke Würli (CVP), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt als neues Mitglied in die Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2018 bis 2022 **Martin Rüttimann (CVP)** vor.

Ratspräsident Sebastian Huber

Vorgeschlagen ist Martin Rüttimann (CVP). Wird dieser Vorschlag vermehrt oder wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall.

Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird eine geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats, Martin Rüttimann als Mitglied der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2018–2022 mit sofortigem Amtsantritt als gewählt. Ich gratuliere Martin Rüttimann zur Wahl und wünsche ihm viel Freude, Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4.2 Wahl Präsident der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2018-2022

Ratspräsident Sebastian Huber

Wir kommen zur Wahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Sachkommission.

Anke Würli (CVP), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz

Als neuen Präsidenten der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2018 bis 2020 schlägt die Interfraktionelle Konferenz Martin Rüttimann (CVP) vor.

Ratspräsident Sebastian Huber

Vorgeschlagen ist Martin Rüttimann (CVP). Wird dieser Vorschlag vermehrt oder wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall.

Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird eine geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats, Martin Rüttimann als

Präsident der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2018–2022 mit sofortigem Amtsantritt als gewählt. Ich gratuliere Martin Rüttimann zur Wahl und wünsche ihm viel Freude, Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4.3 Ersatzwahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

Am 22. August 2020 teilte Martin Rüttimann dem Ratspräsidenten und der Ratschreiberin schriftlich mit, dass er im Fall seiner Wahl in die Sachkommission per 30. September 2020 aus der Einbürgerungskommission zurücktreten werde. Dies ist mit der vorhergehenden Wahl der Fall und wir bestimmen seine Nachfolge in der Einbürgerungskommission.

Anke Würfl (CVP), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz

Als neues Mitglied in die Einbürgerungskommission schlägt die Interfraktionelle Konferenz für den Rest der Amtsdauer 2018 bis 2022 Ann-Kathrin Biagioli (GLP) vor.

Ratspräsident Sebastian Huber

Vorgeschlagen ist Ann-Kathrin Biagioli. Wird dieser Vorschlag vermehrt oder wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall.

Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird eine geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats, Ann-Kathrin Biagioli als Mitglied der Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018–2022 mit Amtsantritt am 1. Oktober 2020 als gewählt. Ich gratuliere Ann-Kathrin zur Wahl und wünsche ihr Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Wirtschaftsstrategie für Adliswil (GGR-Nr. 2020-185)

Motion von Mario Senn (FDP), Daniele Morf (SVP), Daniel Frei (FW), Walter Uebersax (CVP), Hanspeter Clesle (EVP) und Reto Buchmann (FDP) sowie Mitunterzeichnenden vom 3. Juni 2020.

Der Stadtrat beantragt mit Beschluss vom 7. Juli 2020 die Ablehnung der Motion.

Der Stadtrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und schreibt, dass das erstunterzeichnende Ratsmitglied, Mario Senn, die Motion in ein Postulat umwandeln und dem Grossen Gemeinderat zur Überweisung an den Stadtrat unterbreiten kann.

Das Büro hat an seiner letzten Sitzung das Thema Motion resp. deren Einschätzung durch den Stadtrat besprochen. Über die Beurteilung seitens des Stadtrats ist das

Büro nicht glücklich und wird sich am 10. November 2020 zu diesem und weiteren Themen mit dem Stadtrat austauschen.

Mario Senn (FDP)

Pro Kopf, also pro Einwohner, gibt die Stadt Adliswil etwas mehr als 7000 Franken aus, wenn Sie den Budgetantrag 2021 anschauen. Dank eines Vorstosses von 2018 von Reto Buchmann, Silvia Helbling und mir, wissen wir, dass die durchschnittliche Steuerzahlung aus Einkommens- und Vermögenssteuern pro Kopf lediglich etwa 3000 Franken ausmacht. Adliswil ist diesbezüglich unterdurchschnittlich im Vergleich mit anderen Gemeinden. Die Differenz zwischen 3000 und 7000 Franken machen einerseits die Gebührenerträge aus, aber vor allem auch die Unternehmenssteuereinnahmen.

Die Stadt Adliswil gehört bis anhin zu jenen Gemeinden im Kanton Zürich mit einem überproportional hohen Anteil an Unternehmenssteuereinnahmen. Dies ermöglichte es uns, die gegenwärtigen Dienstleistungen ohne Einsparungen zu tragen, kräftig zu investieren und es ermöglichte es uns auch, in den vergangenen zehn Jahren den Steuerfuss leicht zu senken. Und das bei einem gleichzeitigen Abbau der Schuldenlast.

Dies ist gefährdet. Sie wissen es, der grösste Steuerzahler Swiss Re hat den Wegzug grosser Teile seiner bisher in Adliswil verfolgten Geschäftstätigkeiten angekündigt und teilweise bereits umgesetzt. Das sieht man auch an den statistischen Zahlen des statistischen Amtes. So ist die Zahl der Arbeitsplätze in Adliswil in Vollzeitäquivalenz (VZÄ) von 2015 bis 2018 von 6900 auf 5900 zurückgegangen. Teilweise weiss man schon, was in den ehemaligen Swiss Re Gebäuden weiterhin passiert, teilweise auch nicht. Was auch immer geplant ist: Leerstände sind selbstverständlich nie gut und auch nie ein gutes Zeichen.

Adliswil war schon einmal in einer ähnlichen Situation. Nach 2001 zahlte Swiss Re über Jahre kaum mehr Steuern. Die Jahre danach waren für Adliswil äusserst hart. Ein Sparprogramm jagte das andere, Budgets wurden zurückgewiesen usw. Ich glaube nicht, dass wir das ernsthaft wieder wollen. Aber natürlich ist dieses Thema nicht nur wegen den Steuereinnahmen wichtig, sondern auch wegen der Arbeitsplätze. Wenn Arbeitsplätze verschwinden, hat das weitere Auswirkungen. Selbstverständlich für Adliswiler, die vorher in solchen Betrieben tätig waren, aber natürlich auch über indirekte Effekte, denken wir an Gewerbebetriebe, die als Zulieferer fungieren für grössere Unternehmen, sprich Arbeitgeber. Sie haben dann plötzlich weniger potentielle Abnehmer. Und natürlich sinken so auch Möglichkeiten für Lehrstellen. Wir dürfen nie vergessen: Arbeitsplätze sind der beste Schutz gegen Armut.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist da eine zusätzliche Erschwernis. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, sich ein namhafter Teil der Menschen in Kurzarbeit befindet, und auch in Adliswil domizilierte Unternehmen Gewinnwarnungen ausgeben, dann wird der Kuchen, den wir besteuern können, einfach wesentlich kleiner. Und die steigende Jugendarbeitslosigkeit ist auch beunruhigend.

Die letzten zehn Jahre haben uns alle ein wenig träge gemacht. Immerhin haben wir Schulden reduziert und Reserven gebildet, zuerst mit ausserordentlichen Abschreibungen, seit HRM2 mit Einlagen in die finanzpolitische Reserve. Trotzdem. Meine Damen und Herren, wir haben eine Bedrohungslage. Eine Bedrohungslage. Und ich

spüre einfach nicht, oder zu wenig, dass da etwas geht. Klar, es gibt diese Broschüren. Aber wenn ich dann die einzelnen Projekte, z.B. im Stadtentwicklungsbereich, anschau, stelle ich nicht fest, dass da Vorschläge auf dem Tisch liegen, die Adliswil als attraktiven Standort für Unternehmen positionieren wollen.

Der vorliegende Vorstoss will, dass sich der Stadtrat und dann auch der Grosse Gemeinderat ernsthaft damit auseinandersetzen, wie das Steuersubstrat generell, aber vor allem von Unternehmen, erhalten oder gar vermehrt werden kann. Das muss ressortübergreifend erfolgen, denn letztlich prägen viele Ressorts die Rahmenbedingungen für Unternehmen mit. Ein Beispiel ist das Ressort Bau und Planung mit der Planung Sood-Lätten. Adliswil braucht aus all diesen Gründen und dieser besonderen Situation eine Wirtschaftsstrategie. Mögliche Inhalte haben wir im Vorstoss aufgeführt. Mir ist bewusst, dass diese Aufgabe, die wir da dem Stadtrat überantworten, nicht einfach ist und es ist auch nicht so, dass ich in der Schublade die perfekte Lösung hätte.

Beruflich habe ich ja sehr viel mit Standortförderern zu tun und die sagen mir, es gehe bei Neuansiedlungen immer sehr schnell um die Steuerhöhe. Mir ist bewusst, dass der Handlungsspielraum einer Gemeinde im Kanton Zürich diesbezüglich äusserst gering ist. Und natürlich stelle ich mir auch kein Millionenprogramm vor. Auch die Schaffung neuer Subventionen in grossem Ausmass, Einzelbetriebsförderungen wie man sie in Deutschland kennt oder andere wettbewerbsverzerrende Instrumente sind ein No-Go.

Trotzdem kann es einfach nicht die Idee sein, dass wir tatenlos zusehen. Vielleicht wäre es auch ein Ansatz, dass man die in Adliswil vorhandene Wirtschaftskompetenz – es leben bei uns ja doch einige Vertreter im hohen Management von UBS, Google, Swiss Re usw. – abholt. Oder vielleicht gibt es Raum für ein paar unkonventionelle Ideen, wie zum Beispiel, dass man jedem Unternehmen, das nach Adliswil kommt, die Handelsregistergebühren übernimmt. Das sind Kleinstbeträge, könnten aber eine Publizitätswirkung entfalten. Vielleicht ist es aber auch eine Kulturfrage. Ich hatte beruflich die Möglichkeit, den Leiter der Abteilung Liegenschaften der Stadt Schlieren kennenzulernen, der gleichzeitig den Hut des Standortförderers trägt. Dessen Engagement hat mich schwer beeindruckt. Wenn es uns nicht gelingt, Gegensteuer zu verschwindenden Arbeitsplätzen zu geben und das Steuersubstrat zu stabilisieren, dann drohen letztendlich massive Einsparungen und Steuererhöhungen, die natürlich auch nicht zur Attraktivität von Adliswil beitragen. Selbstverständlich bin ich mir bewusst, dass ein Erfolg auch mit einer Wirtschaftsstrategie nicht garantiert ist. Aber immerhin hätte man es versucht. Ich freue mich, dass der Stadtrat das umsetzen will.

Zum Thema Motionsfähigkeit dieses Anliegens, das der Ratspräsident angesprochen hat: Es wurde intensiv thematisiert in den vergangenen Tagen und ich wurde auch strengstens belobbyiert. Ich komme zu folgendem Schluss: Man kann es so sehen wie der Stadtrat, wenn man das will, man kann es aber auch anders sehen. Ich habe gemerkt, es ist eigentlich eine Frage zwischen Stadt- und Gemeinderat und wie ich schon im September 2019 ausgeführt habe, ist es nicht Aufgabe des Stadtrats zu beurteilen, ob etwas motionsfähig ist oder nicht. Solange nicht entschieden ist, wer entscheidet, was motionsfähig ist und was nicht, ist es meiner Meinung nach nur jemand und das ist das Parlament. Ich teile Ihnen daher mit, dass ich nicht einverstanden bin mit dieser Umwandlung in ein Postulat und bitte Sie, dieser Motion wie vorliegend zuzustimmen.

Daniela Morf (SVP)

Wir haben es gehört, der Motionär hält an der Motion «Wirtschaftsstrategie für Adliswil» entgegen dem Vorschlag des Stadtrats, das Geschäft in ein Postulat umzuwandeln, fest. Wir als SVP können nicht ganz nachvollziehen, wieso der Stadtrat diese Motion nicht für motionsfähig hält. Unsere Fraktion hat an der letzten Sitzung beschlossen, die Motion so zu überweisen. Wichtig für die SVP Adliswil ist aber vor allem, dass sich der Stadtrat wie gewünscht der Erarbeitung einer seriösen Wirtschaftsstrategie annimmt und nicht die Form vor den Inhalt stellt. Gemäss Indikatoren werden nach Budget 2020 vom siebenköpfigen Stadtrat jährlich zehn Unternehmen aktiv angesprochen und es wird ein Unternehmeranlass organisiert. Wir haben also sicher noch Luft nach oben.

Wir werden darum der Überweisung dieser Motion zustimmen und sind gespannt auf den Vorschlag des Stadtrats.

Walter Uebersax (CVP)

Mit der vorliegenden Motion wird eine Wirtschaftsstrategie gefordert. Etwas, das auch der Stadtrat befürwortet. Nun haben wir das Dilemma, dass der Stadtrat der Meinung ist, dass der Inhalt nicht dem einer Motion entspricht und macht deshalb den Vorschlag, sie in ein Postulat umzuwandeln. Der Motionär und auch der grösste Teil der Mitunterzeichner sind jedoch der Meinung, dass der Inhalt und die Formulierung sehr wohl als Motion eingereicht werden kann. Was gilt nun? Postulat? Motion?

Im kleinen Handbuch des Kantonsrats steht: "Bei der Einreichung eines Vorstosses findet eine summarische formale Vorprüfung durch das Ratssekretariat statt. Es kontrolliert die eingereichten Vorstösse auf offensichtliche Rechtsmängel oder auf Verstoss gegen die guten Sitten. Kommt zwischen dem erstunterzeichnenden Ratsmitglied und dem Ratssekretariat keine Einigung zustande, entscheidet das Präsidium, ob ein Vorstoss angenommen wird oder ob die Frage der Annahme des Vorstosses der Geschäftsleitung vorzulegen ist." So wird es im Kantonsrat gehandhabt. Ob eine entsprechende Vorprüfung im Hinblick auf die Vorgaben von der Geschäftsordnung Adliswil und der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats stattgefunden hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Da nur sehr wenige von uns Experten in dieser Angelegenheit sind, habe ich versucht, mich etwas schlauer zu machen. Für mich persönlich sind beide Meinungen transparent und nachvollziehbar. Wir können nun also so handeln wie mit der Motion des Velokonzepts und sie in ein Postulat umwandeln, oder wir überweisen die Motion.

Es stellt sich also hier die Frage von Recht haben und Recht bekommen. Etwas, das in vielen anderen Gemeinden auch passiert. So zum Beispiel in Kriens, wo es zu einer Motion führte mit dem Titel: "Zurückweisung von Vorstössen".

Vielleicht ist das ja ein Lösungsansatz. Denn im Inhalt wird gefordert: "Die Geschäftsleitung wird aufgefordert, Vorstösse, deren Form nicht mit dem Sachinhalt übereinstimmen, den entsprechenden Ratsmitgliedern zurückzugeben, bevor sie im Rat traktandiert und behandelt werden. So hat das Ratsmitglied die Möglichkeit, den Vorstoss zu ändern, so dass Form und Inhalt übereinstimmen. Die Geschäftsleitung erhält somit den Auftrag, die Geschäftsordnung entsprechend zu überarbeiten."

Interessant ist vor allem die Begründung dieser Motion: "Während der Ratsdebatten zeigt sich immer wieder, dass Vorstösse, die in Form und Inhalt widersprüchlich sind, Verwirrungen auslösen. Beispielsweise wenn der Inhalt eines Postulats Forderungen aufweist, die einer Motion gleichkommen oder umgekehrt. Die Ratsmitglieder wissen dann nicht, was im Vordergrund steht, ob es um die Behandlung der Inhalte als Postulat oder als Forderungen geht. Bei verschiedenen Diskussionen gab dies immer wieder zu Verwirrung und zu einer verlängerten Diskussion Anlass. Gleichzeitig geht es auch darum, in der Öffentlichkeit klar und transparent aufzutreten. Die Bevölkerung kennt oft den Unterschied zwischen Motion und Postulat nicht. Auch in den Medien wird ein Postulat oft so dargestellt, wie wenn es sich um Forderungen handelt, die bei Überweisung des Geschäfts dann umgesetzt würden, was ja nicht der Realität entspricht..." usw. Gemäss Angaben des Stadtrats ist geplant, genau dieses Thema an einer kommenden Bürositzung zu thematisieren und aufzunehmen.

Um den Inhalt der Motion nicht zu gefährden ist die CVP/GLP-Fraktion der Meinung, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt werden soll.

Ratspräsident Sebastian Huber (SVP)

Über die Form dieser Wirtschaftsstrategie, Postulat oder Motion, entscheidet der Erstunterzeichnende. Mario Senn hat vorher ausgeführt, dass er an der Motion festhält, somit wird die Entscheidung sein, ob man die Motion überweist oder nicht.

Daniel Frei (FW)

Nach allen Erklärungen, die ich in den letzten Tagen und auch heute wieder erhalten habe, kann ich immer noch nicht beurteilen, ob das eine Motion ist oder nicht.

Die Freien Wähler waren grundsätzlich wirklich zufrieden, dass der Stadtrat das Thema Wirtschaftsstrategie ernst nimmt und das auch entgegennehmen will. Er möchte die Motion in ein Postulat umwandeln. Anfangs waren wir von den Argumenten des Stadtrats, das Geschäft in eine Motion umzuwandeln, überzeugt. Es gab aber in der Fraktionssitzung einige Diskussionen, im kleinen Kreis unter den Freien Wähler und auch im Kontakt mit den anderen Motionären und wir sind jetzt, man soll auch Mut zur Korrektur haben, zum Entschluss gekommen, den Entscheid des Erstunterzeichner zu respektieren und ihn bei der Überweisung der Motion zu unterstützen. Die Freien Wähler stimmen darum dafür, dass die Motion überwiesen wird. Wir hoffen für die Zukunft, dass eine Lösung gefunden wird, damit man nicht über die Art der Überweisung diskutieren muss, sondern über den Inhalt.

Angela Broggini (GP)

Es ist wichtig, dass die Stadt Adliswil neben den in den Legislaturzielen erwähnten Themen wie Stadtentwicklung, Bildung, Gesellschaft und Infrastruktur auch die Stadt als Wirtschaftsstandort im Fokus hat.

Im Konzept Stadtentwicklung ist zwar auch die Wirtschaft erwähnt, es stellt sich jedoch die Frage, wie stark dieses Thema dort gewichtet ist und wie verbindlich und effektiv es innerhalb des Konzeptes Stadtentwicklung umgesetzt wird. Wir finden es deshalb wünschenswert, dass die Stadt ein besonderes Augenmerk auf die Wirtschaft legt. Es müssen nicht überall Subzentren für Industrie und Gewerbe geplant werden wie beispielsweise das Zentrum Süd, das Zentrum Sood oder der Lätten,

wenn nicht bezüglich Wirtschaftlichkeit mitgeplant wird. Es muss vorgängig überlegt werden, wie diese Standorte mit welchen Unternehmen besetzt werden können.

Offensichtlich stehen einige Gewerbeflächen im Zentrum schon seit längerem mehrheitlich leer, siehe prominentes Beispiel CS direkt am Bruggeplatz. Wir fänden es deshalb wichtig, dass sich der Stadtrat auch in diesem Rahmen dafür einsetzt, dass diese Ladenlokale zeitnah wiederbelebt werden, dass er auf die Eigentümer zugeht und sie motiviert, dass zumindest eine Zwischennutzung ermöglicht wird. Und gerade jetzt zur Corona-Zeit wäre es auch wichtig, solchen KMU-Betrieben Unterstützung zu bieten, dass ein Bestehen überhaupt und insbesondere in Adliswil möglich ist. Auch grosse Unternehmen wie es die SwissRe war oder die Generali ist, nach Adliswil zu holen, erachten wir natürlich als wichtiges Ziel, ist die Stadt doch erheblich von diesen Steuereinnahmen abhängig, gewinnt Arbeitsplätze und erhält ein gewisses Prestige. Wir hoffen, dass wir da eher inhaltlich abstimmen können als über die Form, wir unterstützen die Motion.

Wolfgang Liedtke (SP)

Ich begrüsse es, dass der Wegzug der SwissRe, im Rahmen einer Motion für eine Wirtschaftsstrategie, thematisiert wird. Ja vielleicht sogar der Anstoss für diese Motion war. Als 2016 Marianne Oswald, Ueli Gräflein und ich mit einer Interpellation den geplanten Wegzug der SwissRe und die offenbar fehlende Standortförderung aufgriffen, wurden wir von der bürgerlichen Seite, namentlich von der FDP, heftig angegriffen. Der Umzug der SwissRe von Adliswil nach Zürich wurde in sehr polemischer und unsachlicher Weise mit der Politik der Grünen und der SP auf nationaler und kantonaler Ebene begründet. Auf lokaler Ebene hat man offensichtlich keine Angriffspunkte gefunden. Damals meinte Mario Senn angesichts des Kaufs der Liegenschaft der SwissRe durch einen aus Kilchberg stammenden Investor, er lehne sich beruhigt zurück. Ich bin froh, dass er aus seiner Lethargie erwacht ist und ich teile seine Analyse weitgehend, ebenso seine Schlussfolgerungen. Bei den Instrumenten werden wir uns auseinandersetzen müssen. Die SP wird die Überweisung der Motion unterstützen.

Stadtpräsident Farid Zeroual

Tatsächlich ist Adliswil ein wichtiger Wirtschaftsstandort im Süden der Stadt Zürich. In den vergangenen vierzig Jahren sind wichtige Ansiedlungen erfolgt, wie z.B. die Generali, wie gehört die SwissRe oder auch Bildungseinrichtungen wie die Zurich International School, welche zu einem Standortmerkmal für die ganze Region Zimmerberg geworden ist.

Der Stadtrat hat schon in den vergangenen Jahrzehnten den regelmässigen und intensiven Austausch mit den Unternehmen in Adliswil, mit Immobilienbesitzern und Immobilienentwicklern aber auch die Standortförderung Zimmerberg gepflegt.

Gerade auch bei der Bewältigung der Corona-Pandemie haben sich die Kontakte zu den Unternehmen bewährt. Während dem Lockdown sind viele Unternehmen vor speziellen Herausforderungen gestanden. Durch die guten Beziehungen und die kurzen Wege konnten Lösungen für verschiedene Probleme, wie zum Beispiel die Verpflegung des Personals, wenn Restaurants geschlossen sind, ermöglicht werden.

Gestern, Dienstag, wurde der traditionelle Goodmorning-Tag (das "Unternehmer-Frühstück") mit rund 45 Teilnehmern durchgeführt. Den interessierten Teilnehmern sind die aktuellen Entwicklungspläne zum Zentrum Sood und Lätten vorgestellt worden. Erste Unternehmen haben bereits seit längerem ihr Interesse an den neuen Möglichkeiten zum Ausdruck gebracht. Und seit gestern sind weitere Interessenten dazu gekommen, welche beabsichtigen, ihre Betriebsstätten zu modernisieren oder zu vergrössern und dies in Adliswil.

Die Entwicklung der Gebiete Lätten und Sood sind also wichtige Elemente für die wirtschaftliche Entwicklung von Adliswil in den kommenden Jahren. Die noch am Anfang stehende Entwicklung ist auch ein guter Zeitpunkt, um alle bereits im Rahmen der Standortförderung laufenden Aktivitäten zu überprüfen, zu modernisieren und den sich wandelnden Anforderungen anzupassen. Die Erarbeitung einer Wirtschaftsstrategie unterstützt die Anstrengungen und kann als weiteres Gefäss in Ergänzung zu anderen städtischen Strategiepapieren, wie beispielsweise die Energiestrategie, das Landschaftsentwicklungs-Konzept, einen Beitrag leisten, um die Stadtentwicklung für die Zukunft zu steuern.

In diesem Sinn ist der Vorstoss des Stadtrats herzlich willkommen. Über die handwerkliche Ausgestaltung solcher Vorstösse werden der Stadtrat und das Büro des Grossen Gemeinderats im November einen Austausch pflegen.

Ratspräsident Sebastian Huber

Der Erstunterzeichnete hat der Umwandlung in ein Postulat nicht zugestimmt, darum wird jetzt über die Überweisung der Motion abgestimmt.

Unser Stimmzähler Sait Acar ist heute abwesend. Darum frage ich Dich, Xhelajdin Etemi, ob Du diese Aufgabe heute Abend übernehmen würdest? Du bist damit einverstanden. Besten Dank.

Abstimmung

Die Anwesenden werden gezählt. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Der Rat stimmt der Überweisung mit 34 Stimmen zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Damit haben Sie die Motion von Mario Senn (FDP), Reto Buchmann (FDP), Hanspeter Clesle (EVP), Daniel Frei (FW), Daniela Morf (SVP), Walter Uebersax (CVP) betreffend Wirtschaftsstrategie für Adliswil dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

6. Altpapiersammlung durch Vereine in Adliswil (GGR-Nr. 2020-172)

Interpellation von Harry Baldegger (FW) und Mitunterzeichnenden vom 4. März 2020

Harry Baldegger (FW)

Die Antwort des Stadtrats ist für die 15 sammelnden Vereine und mich ein wenig enttäuschend, weil alle Vereine in Adliswil einen wichtigen, für mich sogar einen sehr wichtigen, aktiven Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in dieser Stadt leisten.

Der Betrag, den die Vereine erhalten, ist ein wichtiger finanzieller Zustupf für die Vereinskasse und für kleineren Vereine, welche sammeln fast schon eine Haupteinnahmequelle neben den Mitgliederbeiträgen. Wie der Stadtrat in seiner Antwort schreibt, wurden die Entschädigungen dafür letztmals in den 1980er-Jahren durch die damalige Gesundheitskommission festgelegt. Das heisst, seit gut 40 Jahren wurden die Entschädigung nicht mehr angepasst, nach dem Motto, wenn niemand fragt, muss man auch nichts unternehmen. Oder anders gesagt, wer am lautesten schreit, bekommt vielleicht, was er will. Anhand der Antworten ist zu interpretieren, dass der Stadtrat die Arbeit der Vereine in Bezug auf das Papiersammeln nicht so schätzt. Es wäre wünschenswert, wenn der Stadtrat die Situation überdenkt und den Vereinen nach 40 Jahren auch einmal eine Entschädigungserhöhung zugesteht. In diesem Sinne danke ich dem Stadtrat im Namen aller sammelnden Vereine vorab schon mal für die Erhöhung der Entschädigung pro kg.

Wolfgang Liedtke (SP)

Der Stadtrat erklärt in seiner Antwort ausführlich und aufgrund der dargelegten Zahlen nachvollziehbar seine Entschädigungspraxis für die Altpapiersammlung. Man muss sich jedoch fragen, ob es gerechtfertigt ist, die Entschädigung der Vereine für ihren wichtigen und zuverlässigen Dienst für die Allgemeinheit an die gesammelte Menge des Altpapiers zu koppeln, beziehungsweise mit einem Betrag zu entlohnen, der vor mehr als dreissig Jahren festgelegt wurde.

Ich wollte deswegen heute in der Fragestunde erfahren, was denn die Sammlung durch die ARGE Abfalltransporte Bezirk Horgen im April/Mai/Juni gekostet hat. Wir haben leider nur die Zahl für den gesamten Zweckverband bekommen und mir wurde vorab schon gesagt, eine Zahl für Adliswil lasse sich nicht angeben. Aber auch wenn wir diese Vergleichszahl nicht haben, bin ich der Ansicht, dass der Stadtrat die Entschädigung nochmals überdenken und leicht erhöhen sollte. Denn schlussendlich geht es dabei um Beträge, die unser Gemeinwesen durchaus verkraften kann. Auch in der heutigen Situation.

Reto Buchmann (FDP)

Adliswil bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, einmal pro Monat das Altpapier an die Strasse zu stellen, um es zu entsorgen.

Dieser Service wird momentan in 11 von 12 Monaten von einem Adliswiler Verein übernommen, um die Vereinskasse aufzubessern. Ein von der Stadt angebotener Service soll effizient und günstig sein und es muss natürlich auch ein Bedarf seitens der Bevölkerung da sein. Der sinkende Bedarf an Altpapierentsorgung, beziehungsweise dem sinkenden Volumen an Altpapier, ist wohl allen klar. Durch die Digitalisierung wird immer weniger Papier gebraucht, um Informationen an die Menschen zu bringen. Mein Altpapier besteht wohl hauptsächlich aus den Zeitungen der zwei grossen Detailhändler.

Diesem Trend jedoch entgegenzuwirken und den Vereinen einen höheren Betrag pro Kilo ausbezahlen, ist nicht in unserem Sinne. Wie der Stadtrat schreibt, ist schon heute mehr als die Hälfte des ausbezahlten Betrags nicht durch den Verkauf des

Altpapiers gedeckt und kann als versteckte Vereinsförderung angesehen werden. In Adliswil wird aber auch heute schon sehr viel für die Vereine gemacht, was sich auch in der hohen Vereinsdichte widerspiegelt. Wir unterstützen deshalb den Entscheid des Stadtrats, den Preis und die sonstige Unterstützung der Vereine bei der Altpapiersammlung beizubehalten.

Ratspräsident Sebastian Huber

Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Adliswiler Stadtsaal (GGR-Nr. 2020-178)

Interpellation von Sait Acar (SP) und Mitunterzeichnenden vom 15. April 2020

Xhelajdin Etemi (SP)

Wir möchten uns ganz herzlich beim Stadtrat bedanken für die Antworten auf unsere Interpellation vom 8. April 2020 bezüglich eines Adliswiler Stadtsaals. Ich möchte für ein besseres Verständnis der Gesamtsituation einen kurzen Blick in die Vergangenheit werfen.

Am 6. April 2003 hatten die Stimmbürger von Adliswil dem Verkauf des Sunne-Saals an die Migros-Pensionskasse zugestimmt. Vorausgegangen war das Versprechen des damaligen Stadtrats, den Sunne-Saal an einen neuen Standort im Ortszentrum zu verlegen. Ende 2004 hatte der Stadtrat Vereine und Ortsparteien zum Bau eines neuen Stadtsaals und des Standortes befragt und Vereine sowie Ortsparteien haben sich beinahe einstimmig für einen Saalneubau ausgesprochen. Als Standort wurde mehrheitlich das Stadthausareal genannt. Gescheitert ist das Projekt eines Neubaus auf dem Stadthausareal vor allem aus zwei Gründen:

Das Stadthausareal war damals für den Neubau eines Stadthauses vorgesehen. Dieser Grund entfällt heute, wird doch zurzeit vis-à-vis ein neues Stadthaus erstellt. Das Stadthausareal ist frei und könnte Platz bieten für Wohnungen und eine öffentliche Nutzung.

Die finanzielle Lage der Stadt verschlechterte sich nach 2004 zunehmend, so dass die Mittel für einen neuen Stadtsaal nicht zur Verfügung standen. Die SP Adliswil hatte bereits 2005 eine Initiative lanciert und mehr als 1'000 Unterschriften gesammelt. Zur Abstimmung ist es damals aus Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt schliesslich nicht gekommen und die SP hat ihre Initiative zurückgezogen. Die Meinung war jedoch nicht, dass sich der Stadtrat zukünftig nicht mehr mit diesem Projekt auseinandersetzen muss.

Die Anregungen aus unserer Umfrage von 2017 wie auch die von 2020 zeigen, dass durchaus ein Bedürfnis eines Stadtsaals in der Bevölkerung besteht. 442 Antworten konnten bei der im Mai und Juni 2020 durchgeführten Umfrage gesammelt werden. Das entspricht ca. 4.6 Prozent der befragten Haushalte. Davon haben 328 Antworten der Aussage, dass Adliswil einen ausreichend grossen Saal im Ortszentrum braucht, zugestimmt. Dies bedeutet eine Zustimmung von fast 76 Prozent. 296 Antworten, also zwei Drittel der Rücksendungen, haben das Stadthausareal als idealen

Standort bestimmt. Ich möchte mich im Namen der SP bei den Einwohnerinnen und Einwohnern, welche an dieser Umfrage teilgenommen haben, bedanken.

Leider sind die Antworten des Stadtrats nicht zufrieden stellend. Zu allererst bezieht sich der Stadtrat nur auf das Bedürfnis der Vereine. Ein Stadtsaal sollte nicht nur den Vereinen zur Verfügung stehen, sondern auch als einen zentralen Treffpunkt für die ganze Bevölkerung von Adliswil funktionieren. Städtische Veranstaltungen wie z.B. der Neujahresapéro oder die 1. August-Feier müssen im kleineren Rahmen stattfinden sowie manche grössere Veranstaltungen werden in benachbarten Gemeinden durchgeführt. Die zurzeit zur Verfügung gestellten Räume der Stadt Adliswil sind nicht zentral genug, um attraktiv für die ganze Bevölkerung zu sein.

Uns ist bewusst, dass eine Umfrage, die von einer Partei durchgeführt wird, nicht die gesamte Wählerschaft repräsentiert. Daher schlagen wir vor, dass der Stadtrat in irgendeiner Form eine parteiunabhängige Umfrage gestaltet, welche die Bevölkerung besser vertritt. Auf die Frage, wieviel Geld seit dem Verkauf des "Sunne-Saals" aufgewendet worden ist, um den Vereinen geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, antwortete der Stadtrat mit einer Kostenaufstellung. Diese beinhaltet jedoch nicht die Kosten für städtische Raumvermietungen, sondern nur auswärtige Kosten. Die Kostenaufstellung wäre viel höher, wenn interne Rechnungen bzw. Eigenkosten miteinbezogen werden. Somit ist nicht klar, ob die Stadt Adliswil günstiger fährt ohne einen eigenen Stadtsaal. Ausserdem bitten wir den Stadtrat, die Vereine ein weiteres Mal darauf aufmerksam zu machen, dass die gemieteten Räumlichkeiten der Stadt Adliswil verrechnet werden können.

Ich möchte mich bei allen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und ich hoffe, dass die Bevölkerung und Vereine von Adliswil in Zukunft von einem zentralen Stadtsaal profitieren können.

Marianne Oswald (GP)

Wenn etwas in schöner Regelmässigkeit immer wieder auftaucht, sollte man nach dem Grund fragen, wieso das so ist. Diese Interpellation bietet die Chance, das in Bezug auf den Stadtsaal zu tun. Da gibt es nämlich einiges aufzuarbeiten. Und so lange das nicht getan ist, wird das Thema Stadtsaal ein wunder Punkt bleiben.

Am 6. April 2003 haben die Stimmberechtigten von Adliswil über den Verkauf des Sunne-Areals an die Migros Pensionskasse für 2,3 Mio. Franken abgestimmt und die Vorlage gutgeheissen. Entscheidend für viele Stimmberechtigte war damals, dass der Stadtrat in den Abstimmungsunterlagen explizit versprochen hatte, für den Bau eines neuen Stadtsaals zu sorgen.

Konkret hiess es da "Ein neuer, zeitgemässer Stadtsaal ist in Sicht" und weiter "Die Stadt Adliswil ist gewillt, einen neuen Stadtsaal zu schaffen". Die Planung schien schon weit fortgeschritten und wenn man die Abstimmungsunterlagen von damals liest, kann man kaum glauben, dass trotzdem kein Stadtsaal realisiert wurde.

Nun gibt es durchaus plausible Gründe, warum das Versprechen nicht eingelöst wurde. Und wenn das Stimmvolk in den vergangenen Jahren über einen Stadtsaal hätte abstimmen können, wäre die ganze Sache schon lange vergessen. Auch dann, wenn der Souverän das Projekt abgelehnt hätte. Doch der Stadtrat hat sich eigenmächtig über sein Versprechen hinweggesetzt und nie ein Projekt zur Abstimmung gebracht. Die Stimmberechtigten konnten sich also nicht mehr dazu äussern. Es untergräbt das Vertrauen in die Exekutive und auch ganz allgemein in die Politik,

wenn in Abstimmungsunterlagen gegebene Versprechen nicht eingehalten werden. Da ist ein Stachel im Fleisch vieler Adliswilerinnen und Adliswiler, sie fühlen sich hereingelegt, ihr Vertrauen missbraucht. Auch wenn nun andere Menschen in der Exekutive sitzen als 2003 und egal, ob dabei am Ende nun ein Stadtsaal gebaut wird oder nicht: es ist Aufgabe des Stadtrats, dieses Vertrauen wiederherzustellen.

Mario Senn (FDP)

“Tempora mutantur, nos et mutamur in illis“; “Die Zeiten ändern sich und wir ändern uns mit ihnen“.

Es ist tatsächlich so, ich erinnere mich an die Abstimmung, als es um den Verkauf des Sunne-Areals ging. Ich kann mich auch erinnern, dass der Sunne-Saal nicht so gross und vor allem grossartig war, wie er jetzt immer dargestellt wurde. Er hat nämlich nicht einfach viel mehr Plätze gehabt als diese Angebote, welche wir heute in Adliswil haben und was auch speziell war, der Raum war eigentlich immer unternutzt, ich erinnere mich an meine Jungbürgerfeier, welche also damals Corona-konform war, weil der Saal viel zu gross war.

Wir sind im Jahr 2020 und die Bedürfnisse haben sich schon ein wenig geändert. Auch unsere Stadt hat sich geändert. Die Bedürfnisse haben sich nicht nur wegen Corona geändert. Aber man könnte so oder so sagen, dass es eigentlich absurd ist, über einen Saal zu sprechen, welcher für mehr als 300 Leute Platz hat, das wäre dann ja irgendwann bewilligungsrelevant.

Es gibt immer weniger grosse Vereine in Adliswil, die so einen grossen Saal bräuchten. Selbst der Turnverein als grösster Verein hat nun mit seiner GV in der Kulturschachtle Platz, wie mir Vertreter der Turnverein-Partei Freie Wähler schon mehrmals bestätigt haben. Auch das Freizeitverhalten hat sich doch verändert. Die Idee eines einzigen grossen Stadtsaals, in dem sich die ganze Stadt versammelt, ist irgendwie ein wenig passé. Zum anderen hat sich das Raumangebot wesentlich vergrössert. Es gibt genügend Räume mit bis zu 300 Personen Fassungsvermögen. Es gibt das Schulhaus Brugg (übrigens dank der SP gibt es das noch, sonst hätten wir vielleicht dort einen Stadtsaal, ich weiss es nicht und will da nicht spekulieren), den Saal der reformierten Kirchgemeinde, was ja auch eine interessante Sache ist, weil man ja zeitweise darüber diskutiert hatte, ob die Kirchgemeinde zusammen mit der Stadt einen gemeinsamen grossen Saal mache, aber die Kirchgemeindeversammlung lehnte das dann ab, nicht zuletzt, weil Einige dem damaligen Stadtpräsidenten Thomas Heiniger eins auswischen wollten. Also hatte man dort eine Chance verpasst, mit aktivem Beitrag mindestens der reformierten Stimmbürgerschaft. Dann die Kulturschachtle, ein sensationelles Angebot von einem Verein betrieben, die neuen Räumlichkeiten im Schulhaus Dietlimoos, welche ganz frisch sind und auch den Saal der ZIS. Apropos ZIS und Schulhaus Dietlimoos: die SP hatte ja schon im Formular für den Umfragebogen geschrieben, diese Säle seien dezentral und es wurde auch jetzt wieder betont, sie seien zu wenig zentral. Ich finde das noch schwierig, wir haben jetzt dieses Quartier massiv entwickelt. Der Schwerpunkt der Einwohnerschaft verschiebt sich relativ rasant dorthin. Also die Behauptung, das sei dort peripher finde ich schwierig und auch sehr schwierig finde ich es gegenüber den neuen Einwohnern dort und ich weiss nicht, ob Daniel Frei, Patrick Sager, Daniel Schneider und Gabriel Mäder, welche ja in diesem offenbar dezentralen, peripheren Gebiet wohnen, damit einverstanden wären.

Was nicht durch das bestehende, gute Raumangebot in Adliswil abgedeckt werden kann, sind ganz wenige, grosse Anlässe. Für die gibt es aber gute Angebote in unmittelbarer Nähe, wie die Schwerzi in Langnau oder auch das Belvoir in Rüslikon. Und ja, meine Damen und Herren, es ist zumutbar, wenn man ein oder zweimal für einen der grossen Anlässe sich 800 m hinter die Gemeindegrenze bewegen muss. Wir machen das ja täglich auch mit Pendeln, unser Freizeitverhalten ist ja bei weitem nicht auf Adliswil beschränkt. Und wir arbeiten auf anderen Gebieten ebenfalls mit den Nachbargemeinden zusammen, wir wissen ja, dass es z. B. auch nicht sinnvoll ist, dass jede Gemeinde ein eigenes Hallenbad hat.

Ein weiterer Saal, welcher auch solch grosse Veranstaltungen beherbergen könnte, würde also entweder weitgehend leer stehen oder mindestens unternutzt sein. Klar würde dann die SP die Parteiversammlungen nicht mehr im "Brugg", sondern auf der anderen Sihlseite machen, aber dann ist einfach das Brugg leer. Wenn ich einen Mercedes kaufen würde für drei bis vier Fahrten pro Jahr, würden Sie mir zurecht sagen, das sei überhaupt nicht nachhaltig.

Über etwas habe ich noch nicht geredet, den Gefallen habe ich der SP noch nicht gemacht, ich habe noch nicht über die Finanzen gesprochen. Das ist selbstverständlich auch ein Argument, wir können uns das im Moment schlicht und einfach nicht leisten. Also unser Fazit ist: Adliswil hat bereits ein ausreichendes Angebot an Sälen mit genügend Kapazität. Ein zusätzlicher Stadtsaal würde uns sehr teuer zu stehen kommen, er würde andere Angebote verdrängen und würde höchst selten voll ausgenutzt werden. Das sehen wir gleich wie der Stadtrat. Für die FDP-EVP-Fraktion ist so ein Stadtsaal nur noch ein nostalgischer Wunsch. Ein Wunsch, den man nur erheben kann, wenn man den Bezug zu den finanzpolitischen Möglichkeiten unserer Stadt verloren hat.

Zum Schluss noch etwas Staatspolitisches: Die SP verweist mehrere Male auf ein "Versprechen des Stadtrats" und zeigt sich relativ empört. Es kann doch nicht sein, dass ein Stadtrat im Jahr 2000 ein Versprechen abgeben kann, welches dann den Stadtrat während 20 Jahren binden soll, welcher alle vier Jahr durch eine Volkswahl bestätigt worden ist. Das ist doch ein sehr spezielles Verhältnis.

Ich wäre froh, wenn wir das Thema beerdigen könnten mit einer Weisheit der Dakota-Indianer: "Wenn Du entdeckst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab." Liebe SP Adliswil, eure Idee eines Stadtsaals ist so ein totes Ross, steigt doch bitte ab.

Wolfgang Liedtke (SP)

Ich finde es schade, dass die bürgerliche Ratsseite immer wieder reflexartig ablehnend reagiert, sobald von der linken Partei Initiativen und Vorschläge kommen. Dabei handelt es sich hier doch um kein Thema, das zum Vornherein in ein linkes oder rechtes Parteiprogramm passt. Es handelt sich um ein Bedürfnis der Bevölkerung und dem wollen wir uns annehmen, vorzugsweise mit allen anderen Parteien gemeinsam. Es sind nämlich gerade auch bürgerliche Wähler, die einen Stadtsaal befürworten. Wer das nicht glaubt, dem zeige ich gerne die Antworten auf unsere Umfrage, in vielen Zuschriften wird ausdrücklich erwähnt, dass man nicht SP-Wähler sei, aber diese Initiative der SP unterstützen wolle. Ich selber habe vor zwei Jahren noch geglaubt, das Thema Stadtsaal habe sich erledigt und Adliswil könne auch ohne einen solchen Saal auskommen. Auch wenn es für so eine grosse Gemeinde mit einem gewissen Anspruch an ein eigenständiges Vereinskulturleben

merkwürdig ist. Im Übrigen, so ein Saal steht nicht nur für das Vereinsleben zur Verfügung, sondern kann auch vermietet werden. Er könnte auch zur Verfügung stehen für Familienfeiern und andere Anlässe. Ich habe im Zusammenhang mit der Abstimmung um das Stadthausareal und mit der Bodeninitiative lernen müssen, dass den Adliswilerinnen und Adliswilern ein Stadtsaal immer noch wichtig ist. Die Bedürfnisse haben sich noch nicht geändert und es ist nicht nur ein nostalgischer Wunsch. Als die SP in Sachen Stadtsaal im letzten Winter aktiv wurde, hatte die Corona-Epidemie noch nicht begonnen. Wir haben unsere Aktion trotz der Pandemie nicht gestoppt, denn zunächst ging es ja darum, festzustellen, wie gross der Wunsch nach einem Stadtsaal ist. Aus heutiger Sicht war der Verzicht 2006 auf die Initiative ein Fehler (einen Verzicht, den wir mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt gemacht haben), denn es hätte zwischenzeitlich durchaus die Möglichkeit gegeben, dass der Stadtrat sein Versprechen von 2003 umsetzt. Ich sehe hier nicht, dass nur, weil die Person gewechselt hat, der Stadtrat nicht mehr gebunden ist, sondern es geht hier um das Gremium Stadtrat und wenn ich in ein Gremium hinein gewählt werde, muss ich mich natürlich auch an die Dinge halten, die in diesem Gremium beschlossen wurden. Mitten im Lockdown haben 75% der Teilnehmenden an der Umfrage trotz der Pandemie und trotz der mit der Pandemie verbundenen Ungewissheiten einen Stadtsaal befürwortet. Das verpflichtet uns Politiker, unter Berücksichtigung der finanziellen Spielräume, uns zumindest mit diesem Wunsch zu befassen. Zu bestimmen, wann und in welcher Form eine Umsetzung stattfindet, wäre dann ein nächster Schritt. Es gibt viele Wege zu einem Stadtsaal, der finanzierbar ist. Ich bin der Ansicht, dass die Bevölkerung nach Vorlage von Plänen und finanziellen Folgen entscheiden soll, ob sie den Stadtsaal will. Dies würde voraussetzen, dass wir, die Mehrheit des Gemeinderates zusammen mit dem Stadtrat, gemeinsam eine Vorlage erarbeiten. Deshalb appelliere ich dafür, in dieser Frage nicht gegeneinander, sondern miteinander an einer Lösung zu arbeiten. Das Ross ist noch nicht tot und wir werden es weiter reiten.

Ratspräsident Sebastian Huber

Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Homeoffice in der Corona-Krise: Erkenntnisse der Stadtverwaltung Adliswil (GGR-Nr. 2020-186)

Interpellation von Reto Buchmann (FDP) und Daniel Frei (FW) vom 12. Juni 2020

Reto Buchmann (FDP)

Wie in unserer Interpellation beschrieben, wurde im März vielen Arbeitgebern und ihren Arbeitnehmern empfohlen, ihre Arbeit, wenn möglich, im Home-Office weiterzuführen. Auch die Stadt Adliswil und ihre Mitarbeiter wurden davon nicht verschont.

Rückblickend muss man sagen, dass diese Umstellung in der Privatwirtschaft gut bis sehr gut funktioniert hat und zum Teil zu besserer Leistung und besserer Work-Life-Balance geführt hat. Die Arbeit meist alleine vor dem Computer zuhause, stärkt ausserdem die Eigenverantwortung der Mitarbeiter. Darum haben wir uns gefragt, wie die Umstellung bei der Stadt Adliswil und ihren Mitarbeitern in der Verwaltung

funktioniert hat und welche Schwierigkeiten und Kosten aufgetreten sind. Ausserdem wollten wir wissen, ob aus der Krise auch Chancen für Verbesserungen mitgenommen werden können.

Die vom Stadtrat gelieferten Zahlen sagen leider nicht viel über die tatsächlich von daheim arbeitenden Mitarbeiter aus. Das liegt sicher auch daran, dass wir nicht spezifisch nach den Personen mit einer realistischen Arbeitsmöglichkeit zuhause gefragt haben. Uns war natürlich klar, dass es schwierig ist für einen Mitarbeiter der Abteilung Werkbetriebe, seine Tätigkeit von zuhause aus zu erledigen. Der Stadtrat antwortet, dass 20% der Belegschaft im Home-Office waren, was natürlich über die ganze Belegschaft gesehen ist. Ob diese 20% jetzt ein hoher Wert war, ist nicht abzuschätzen. Wären die 20% alle Personen mit täglicher Arbeit am PC, wäre es natürlich ein sehr hoher Wert.

Der Stadtrat schreibt, dass Adliswil grundsätzlich "digital ready" sei. Trotzdem mussten viele Personen, welche ins Home-Office geschickt wurden, auf ihr privates Gerät umsteigen, um ihre Arbeit zu erledigen. Es ist also teilweise auch auf die ebenfalls gut ausgerüsteten Mitarbeiter zurückzuführen, dass die Umstellung funktioniert hat. Der Stadtrat möchte aber die aus der Umstellung festgestellten IT-Schwachstellen wie Videokonferenz-Anwendungen ausbessern, um auf zukünftige Ereignisse besser vorbereitet zu sein – was wir sehr begrüssen.

Gabriel Mäder (GLP)

Die Corona-Krise hat uns alle vor grosse Herausforderungen gestellt. Die Stadtverwaltung stellt dabei keine Ausnahme dar. Daher ist es umso erfreulicher, dass die Umstellung der Verwaltungstätigkeiten bei der Stadt Adliswil in vielen Bereichen rasch und ohne grössere Probleme stattgefunden hat. Zum einen hat die Stadt rasch die Hygienekonzepte umgesetzt und andererseits, und um das geht es bei dieser Interpellation auch, die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt, um Arbeitsaufgaben, welche räumlich nicht fix an einen städtischen Standort gebunden sind, ins Home-Office zu verlagern. Dass die Quote der Mitarbeiter, welche im Home-Office ihre Arbeiten erledigten mit 20% im Vergleich zu anderen Firmen eher tief aussieht, ist nicht verwunderlich. Wie der Stadtrat dargelegt hat, ist das Potential für Home-Office bei einer Verwaltung wesentlich tiefer als dies z.B. bei einer Rückversicherung der Fall ist. Niemandem ist daran gelegen, dass Polizisten ihren Dienst aus der privaten Wohnung heraus betreiben. Die Aufgaben einer Verwaltung sind vielfältig und daher ist es auch sinnvoll, das Personal und deren Einsatz entsprechend ihren Aufgaben und Funktionen differenziert einzusetzen. Wie es sich zeigte, ist dies der Stadtverwaltung auch geglückt, ohne dass es zu einer nennenswerten Beeinträchtigung ihrer Dienstleistungen gekommen ist. Dass es noch Optimierungspotential gibt, ist selbstverständlich. Aber wir möchten dem Stadtrat unsere Unterstützung versichern und ihn ermuntern, die digitalen Lücken, die er entdeckt hat, zeitnahe zu schliessen und den Anwendungsbereich weiter auszubauen. Wir sind der Meinung, dass die digitalen Erfahrungen, die die Bevölkerung in den letzten Monaten gezwungenermassen machen musste, bei einem grossen Teil der Bevölkerung die Akzeptanz von digitalen Dienstleistungen massiv erhöht hat. Und nicht zuletzt sind mobile Arbeitsplätze nicht nur in Zeiten einer Pandemie eine Notwendigkeit, sondern zeichnen auch einen attraktiven Arbeitgeber aus.

Katharina Willimann (SP)

Corona hat im März 2020 unsere Stadt ad Hock vor noch nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Home-Office musste zum Schutz der Mitarbeiter der Stadtverwaltung eingerichtet werden, die Schalter mit Plexiglas verkleidet und der Schulbetrieb mit Homeschooling aufrechterhalten werden. Letzteres hat Eltern und Lehrer sehr gefordert. Für die grossen Baustellen galten strenge Vorschriften, welche sicher nicht immer einfach waren zum Umsetzen. Nicht zu vergessen alle Menschen, die Tag täglich draussen unser Leben am Laufen gehalten haben: Kehrtafelabfuhr, Werkhofmitarbeiter, Buschauffeure, alle Arbeiter auf den Baustellen, Hauswarte usw. Sie alle konnten sich nicht optimal schützen. Aber nichts destotrotz, es hat alles funktioniert im Lockdown. Wir von der SP wollen heute Abend allen herzlich danken. Leider haben wir Corona noch nicht im Griff, aber bleiben wir zuversichtlich, tragen weiterhin Sorge zu uns und bleiben gesund.

Ratspräsident Sebastian Huber

Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21:35 Uhr



Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin